



LANDESDELEGIERTENKONFERENZ DER JUSOS

BRANDENBURG

AM 09. & 10. MÄRZ 2019 IN PETZOW

ANTRAGSBUCH

Stand: 27.01.2019

Inhaltsverzeichnis

Leitantrag	1
1/1/2019 Landesvorstand	
EIN Brandenburg – EIN Juso-Landesverband – Viele Themen	
.....	1
Bildung, Ausbildung und Wissenschaft	6
2/1/2019 Jusos Potsdam	
Ausbau und Förderung des Geschichtsunterrichts und der Politischen Bildung	
.....	6
3/1/2019 Jusos Potsdam	
Für eine Wende im Umgang mit Rechtspopulismus – Politiker*innenpräsenz in strukurschwächeren Gegenden erhöhen	
.....	6
4/1/2019 Jusos Oder-Spree	
Landlehrer*innen-Programm für Brandenburg	
.....	8
5/1/2019 Jusos Oder-Spree	
Referendariat flexibel gestalten, Familienfreundlichkeit fördern!	
.....	9
Chancengleichheit, Soziales und Arbeitsmarkt	10
6/1/2019 Jusos Potsdam	
EIN Brandenburg braucht ausreichend studentischen Wohnraum in ganz Brandenburg	
.....	10
7/1/2019 Jusos Potsdam	
EIN Brandenburg braucht Jänschwalde als Kraftwerksstandort	
.....	11
8/1/2019 Jusos Elbe-Elster	
Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12,00 €/Stunde	
.....	12
9/1/2019 Jusos Potsdam	
Für eine Modernisierung des Familienrechts	
.....	12
10/1/2019 Jusos Oberhavel	
Gesetzliche Festschreibung der Arbeitszeit auf 35h/Woche	
.....	13
11/1/2019 Jusos Brandenburg	
Kostenloser ÖPNV für Schüler, Studierende und Azubis	
.....	14
Demokratie, Inneres, Justiz und Verbraucherschutz	16
13/1/2019 JSAG	
Echte Demokratie in der Schule	
.....	16

14/1/2019	Jusos Potsdam-Mittelmark	
Kein Glücksspiel in Kneipen und Imbissen		
.....		17
15/1/2019	Jusos Oberhavel	
Straßenbaubeiträge weiterentwickeln statt überstürzt abschaffen!		
.....		17
Frauen, Feminismus & Gender		21
16/1/2019	Jusos Potsdam	
Dritte Geschlechtsoption und „Keine Angabe“ als Eintragungsmöglichkeit in den Mitgliedsdaten und bei Anmeldeformularen für Veranstaltungen der SPD		
.....		21
Gesundheit		22
17/1/2019	Jusos Potsdam	
Ermöglichung und Finanzierung von Social Freezing		
.....		22
18/1/2019		
Impfen statt schwurbeln!		
.....		22
19/1/2019	Jusos Oberhavel	
Kostenlose Verhütungsmittel für Jede*n		
.....		23
Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales		24
20/1/2019	JSAG	
Schnelle Beschließung des Digitalpaktes		
.....		24
Organisation und Partei		25
21/1/2019	Jusos Havelland	
Es kommt ein Wind aus dem Osten. Ostvernetzung stärken!		
.....		25
22/1/2019	Jusos Potsdam-Mittelmark	
Frischer Wind in den Landesvorstand		
.....		26
23/1/2019	Jusos Potsdam-Mittelmark	
Glorifizierung der Heiligen Mopp'igkeit		
.....		27
24/1/2019	Jusos Oder-Spree	
Kommunalpolitik gemeinsam gestalten		
.....		28
Umweltpolitik		29
25/1/2019	Jusos Brandenburg	
Mehr Hanf fürs Land! – Subventionen für Nutzhanf in den ländlichen Regionen Brandenburgs		
.....		29

26/1/2019	Jusos Elbe-Elster	
Ausbau des Fahrplans des ICE Sprinter		
.....		30
27/1/2019	Jusos Elbe-Elster	
Berlin-Brandenburg-Express als Ergänzung und Alternative zum Fernverkehr		
.....		31
28/1/2019	Jusos Potsdam	
EIN Brandenburg braucht Schlösser, keine Sichtachsen		
.....		32
29/1/2019	Jusos Potsdam	
Energie ist mehr als Strom – EIN Brandenburg braucht eine Verkehrswende		
.....		33
30/1/2019	Jusos Elbe-Elster	
PKW-Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen		
.....		36
31/1/2019	Jusos Oberhavel	
Sichere Radwege		
.....		37
32/1/2019	Jusos Potsdam-Mittelmark	
Stammbahn		
.....		37

Leitantrag

1 **1/1/2019**

2 **Landesvorstand**

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**

4

5 **EIN Brandenburg – EIN Juso-Landesverband – Viele**
6 **Themen**

7 **Landtagswahlprogramm – Unsere Themen**

8

9 Am 01. September wird für uns in Brandenburg eine der
10 entscheidendsten Wahlen der letzten Jahre stattfinden.
11 Wir werden dabei für Weltoffenheit, Menschenrechte
12 und linke Themen kämpfen. Als Jusos Brandenburg
13 wollen wir dabei insbesondere junge Menschen errei-
14 chen. Unsere Generation wählt progressiver und linker.
15 Sie interessieren sich für Politik genau wie „ältere“
16 Mitbürger*innen. Wir müssen ihnen jedoch noch mehr
17 erklären, wieso es wichtig ist, wählen zu gehen. Wir
18 dürfen die junge Generation von heute politisch nicht
19 verlieren.

20

21 Für uns ist einhundertprozentig klar, dass wir junge
22 Menschen nur erreichen, wenn wir progressive Politik
23 machen, die auch die Lebenssituation der Jugend
24 widerspiegelt und Ihnen eine Zukunft aufzeigt.

25

26 **Unsere Kernforderungen:**

27

28 1. Einführung einer Mindestausbildungsvergütung
29 orientiert am Bafög Höchstsatz

30

31 2. Raus aus der Kohle – mit Bedacht, aber mit Datum!
32 Wir wollen, dass das 1,5 Grad Ziel aus dem Pariser
33 Klimaabkommen zwingend eingehalten wird.

34

35 3. Digitalisierung JETZT! Standards 5G und Übertra-
36 gung > 100mbit/s.

37

38 4. ÖPNV für 365€/Jahr für alle Menschen in Berlin
39 und Brandenburg.

40

41 5. Ausbau von Studi- und Azubiwohnheimen – Wir
42 wollen eine Versorgungsquote der Studis von 20 %.

43

44 6. Kostenloser Schüler*innen-Verkehr

45

46 7. Landesprogramm soziale Infrastruktur für Schulen

- 1 und Krankenhäuser
2
3 8. Keine Vergabe von Aufträgen an Unternehmen ohne
4 Tarifbindung, Abschaffung der sachgrundlosen
5 Befristung in der öffentlichen Verwaltung sowie
6 Erhöhung des Vergabemindestlohns auf 12,63 Euro
7
8 9. Einführung eines*einer Polizeibeauftragten
9
10 10. Staatliche medizinische Fakultät in Brandenburg.
11
12 11. Bezahlbarer Wohnraum für alle – Anteil an so-
13 zialem Wohnraum über Bebauungsleitplanung
14 erhöhen.
15
16 12. Stärkung der außerschulischen Jugendarbeit sowie
17 Förderung von Kooperationen von Ganztagschu-
18 len mit den im Landesjugendring organisierten
19 Verbänden.
20
21 13. Passives Wahlrecht mit 16.
22

23 **Unser Anspruch an Europa**

24
25 Die Europäische Union ist für uns in aller erster Linie ein
26 erfolgreiches Friedensprojekt. Eines, von welchem wir
27 als junge Generation in Deutschland enorm profitieren.
28 Das Ob einer Europäischen Union steht für uns nicht
29 zur Debatte. Viel mehr wollen wir die Europäische
30 Union zu einer Sozialunion weiterentwickeln, die
31 für die weltweit höchsten Lebensstandards für alle
32 Bevölkerungsgruppen einsteht, aber nicht auf Kosten
33 anderer Länder. Unser Anspruch ist, dass die EU sich
34 immer und überall für die Menschenrechte stark macht
35 und z. B. sichere Fluchtrouten schafft. Für junge Men-
36 schen sollte die EU mit einer Ausbildungsplatzgarantie
37 sowie Mindestausbildungsvergütung eine Perspektive
38 eröffnen.
39

40 Unser offenes geeintes Europa wird gerade von Rechts-
41 extremen in Frage gestellt und bekämpft. Wir aber
42 stehen zu den Idealen der EU „In Vielfalt geeint“.
43 Wir werden uns immer und überall gegen die Popu-
44 list*innen, die Rechtsextremen und die AfD stellen,
45 da sie die Weltoffenheit und den inneren Frieden in
46 Europa gefährden.
47

48 **Wahlkampfjahr 2019 – Kommunen, Europa und Land**

49
50 Wir wollen, dass mehr junge Menschen in die Kom-

1 munalparlamente einziehen. Wir wollen, dass wir
2 bei der Europawahl so stark sind, dass auch Simon
3 Vaut ins EU-Parlament einzieht. Wir wollen stärkste
4 Kraft werden. Dafür werden wir Solidarität leben und
5 Juso-Kandidierende dort, wo es sie gibt, unterstützen.

6
7 Für den Jugendwahlkampf werden wir eine Action
8 Group initiieren, die wir spontan ansprechen, wenn es
9 Wo*men-Power für Jugendwahlkampf braucht. Für die
10 Landtagswahl planen wir ein Konzept, welches wir bis
11 zu 18 Mal – in jedem Unterbezirk einmal – umsetzen,
12 wenn die Unterbezirke Termine, Orte und mögliche
13 Locations vorschlagen.

14
15 Ein viel stärkerer Fokus wird auf dem Social Media
16 Wahlkampf liegen. Unsere Hauptkanäle werden Face-
17 book und Instagram sein. Für Juso-Inhalte werden wir
18 endlich ein Design entwickeln, über das wir schnell
19 eine Kachel mit unserer Forderung bauen können. Zu-
20 sätzlich werden wir in diesem Bereich die vorhandenen
21 Kompetenzen in unserem Landesverband bündeln und
22 eine Social Media Group ins Leben rufen.

23
24 Umgang mit der AfD: Es wird eine weitere Action Group
25 geben, die, wo auch immer die AfD Veranstaltungen
26 macht, um junge Menschen zu erreichen, da ist, um
27 die „Argumente“ der AfD zu entkräften. Dafür sind wir
28 auf Zulieferungen von Terminen aus den Unterbezir-
29 ken angewiesen. Die Mitglieder dieser Action Group
30 erhalten eine Schulung in der Argumentation gegen
31 Rechtspopulist*innen. Auch, wenn wir die AfD für eine
32 undemokratische Partei halten und mit gegen die Men-
33 schenrechte hetzenden und gegen das Grundgesetz
34 agierenden Personen nichts zu tun haben wollen, wer-
35 den wir uns auf ein Podium setzen, auf welchem auch
36 ein*e Vertreter*in der AfD sitzt. Wir haben die besseren
37 Argumente. Wir stehen für lebenswerte Verhältnisse
38 für ALLE Menschen und das werden wir klar machen.

39

40 **Verbandsarbeit**

41

42 Bis September 2019 wird die Planung und Umsetzung
43 des Jugendwahlkampfes im Fokus stehen. Trotzdem
44 wird der Juso-Landesvorstand immer für die Juso-
45 Unterbezirke, Landesarbeitskreise, Hochschulgruppen
46 und Schübis ansprechbar sein und diese unterstützen.
47 Wenn es die finanzielle Lage nach der Landtagswahl
48 zulässt, werden wir weiterhin zwei Verbandswochen-
49 enden pro Jahr planen.

50

1 Bundesverband – Auf der Bundesebene haben wir in
2 den letzten beiden Jahren viele Kontakte geknüpft.
3 Dies hat zu einem für die Jusos Brandenburg sehr
4 erfolgreichen Juso-Bundeskongress geführt, bei dem
5 wir viel stärker beteiligt waren als in den letzten Jahren.
6 Wir werden daher weiter an der Vernetzung arbeiten
7 und den Austausch mit anderen Landes- und Be-
8 zirksverbänden mit linkem Selbstverständnis suchen.
9 Insbesondere die Ostvernetzung werden wir weiter mit
10 Leben füllen. Daher wird das erste Ostvernetzungstref-
11 fen 2019 in Brandenburg stattfinden. Wir werden uns
12 für die Ausrichtung des Juso-Bundeskongresses 2020
13 bewerben.

14
15 Neumitglieder integrieren – Aus Erfahrungen wissen
16 wir, dass in Wahlkämpfen häufig verstärkt Neumitglie-
17 der eintreten. Diese werden wir so gut es geht sofort
18 in unsere Arbeit integrieren. Darüber hinaus wird es
19 weiterhin mindestens ein Neumitgliederseminar pro
20 Jahre geben, in welchem wir auch die Wünsche und
21 Ideen der Neumitglieder abfragen und aufgreifen
22 wollen.

23
24 Frauenvernetzung stärken – Sowohl bei bestehenden
25 als auch neu eintretenden Mitgliedern beträgt der
26 Anteil der weiblichen Personen nur ca. ein Drittel. Es
27 gibt einige Unterbezirke, in denen keine Frau aktiv ist.
28 Dieses können wir auch nicht erzwingen. Wir können
29 aber unser bestes tun, neu eintretende und bereits
30 aktive Frauen zu motivieren, sich weiter bei den Jusos
31 zu engagieren. Das ist der beste Weg auch für mehr
32 weibliche Neueintritte zu sorgen. Wir werden deshalb
33 ein Frauenempowerment-Programm starten sowie die
34 Vernetzung unter den Frauen stärken.

35
36 Awareness-Team – Vor zwei Jahren wurde das erste
37 Mal ein Awareness-Team gewählt. Dieses werden wir
38 bei ihrer Arbeit durch mindestens einen Seminartag
39 pro Jahr unterstützen. Es sollte immer mindestens
40 ein Mitglied der Awareness-Group bei einem unserer
41 Verbandswochenenden sowie Delegiertenkonferenzen
42 anwesend sein. Das gewählte Awareness-Team wird,
43 wie in der Richtlinie vorgesehen, einen Maßnahmenka-
44 talog zur Bekämpfung des Sexismus ausarbeiten.

45
46 Internationales – Als internationalistischer Jugendver-
47 band werden wir auch auf Landesebene internationale
48 Kontakte knüpfen. 2019 erwarten wir den Rückbesuch
49 der israelischen und palästinensischen Partnerorga-
50 nisationen. Für 2020 werden wir uns für die nächste

1 Austausch-Reise bewerben. Den Kontakt zu unserem
2 Nachbarland Polen werden wir verstärkt suchen.

3

4 **SPD Brandenburg – ist das cool oder kann das weg?**

5

6 Unabhängig davon, wie die Wahlen in diesem Jahr
7 ausgehen werden, müssen wir uns ab September
8 endlich daran machen, starre Strukturen in der SPD
9 aufzubrechen und diesen Laden dynamischer machen.

10

11 Zum Landesparteitag werden wir einen Antrag ein-
12 bringen, der die Trennung von Parteivorsitz und
13 Ministerpräsident*in sowie die von Minister*innenamt
14 und Landtagsabgeordnetenstatus fordert. Wir wollen,
15 dass unsere Politiker*innen sich so gut wie möglich um
16 das Amt kümmern können, in das sie gewählt wurden.
17 Gemeinsam sind wir stark gilt auch bei der Forderung,
18 die Lasten auf verschiedene Schultern zu verteilen.

19

20 In Brandenburg sind die Fahrtwege weit. Die meisten
21 aktiven Mitglieder sind einer Vielzahl von Ämtern tätig.
22 Es wäre eine erhebliche Erleichterung, bei Sitzungen
23 die Möglichkeit der Telefon- und Videokonferenzen zu
24 stärken. Wir fordern vom SPD-Landesverband, dafür
25 kostenlose Systeme zur Verfügung zu stellen.

26

27 Wir fordern von der SPD Brandenburg die Einfüh-
28 rung von Möglichkeiten, zwischen den jährlichen
29 Landesparteitagen die Basis zu beteiligen, z. B. durch
30 Parteikonvente oder Themenparteitage.

31

Bildung, Ausbildung und Wissenschaft

1 **2/1/2019**

2 **Jusos Potsdam**

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**

4

5 **Ausbau und Förderung des Geschichtsunterrichts und**
6 **der Politischen Bildung**

7 Wir fordern, dass der Politik- und Geschichtsunterricht
8 noch stärker darauf ausgerichtet wird, Schüler*innen
9 ein besseres Verständnis unseres politischen Systems
10 und der Möglichkeiten unseres Wahlrechts auf kommu-
11 naler, Landes- Bundes- und Europaebene zu vermitteln.
12 Dies kann insbesondere durch Planspiele, Aktionen wie
13 „Jugend im Parlament“ oder Diskussionsrunden mit
14 Politiker*innen geschehen. Den Geschichtsunterricht
15 betreffend sollte besonders die neuere deutsche Ge-
16 schichte nach 1945 einen wichtigeren Bestandteil des
17 Unterrichts darstellen. Dazu sollen die entsprechen-
18 den Rahmenlehrpläne erweitert und umstrukturiert
19 werden. Diese geschichtliche Periode hat einen maß-
20 geblichen Einfluss auf unser jetziges Dasein und muss
21 von allen verstanden werden.

22

23 **Begründung**

24 Wir als Jusos, die in unterschiedlichen Bundesländern
25 zur Schule gegangen sind, haben festgestellt, dass die
26 Thematisierung der deutschen Teilung und Wiederver-
27 einigung teilweise gar keinen oder nur ungenügenden
28 Raum im Geschichtsunterricht einnimmt. Wir halten es
29 wichtig für unser demokratisches System, dass schon
30 junge Menschen mehr über politische Teilhabe lernen.

31 **3/1/2019**

32 **Jusos Potsdam**

33 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress**
34 **möge beschließen:**

35

36 **Für eine Wende im Umgang mit Rechtspopulismus –**
37 **Politiker*innenpräsenz in strukurschwächeren Gegen-**
38 **den erhöhen**

39 Von der SPD wird gefordert, den Umgang mit dem
40 täglichen Rechtspopulismus zu ändern. Dafür muss
41 sich besser mit den Themen und den Leuten ausein-
42 andergesetzt werden. Das heißt konkret, dass in der
43 SPD die Anliegen der Bürger*innen ernster genommen
44 werden, da Rechtspopulismus häufig nur ein Ausdruck
45 von Verzweiflung ist. Dies impliziert, dass die SPD vor

1 allem wieder in strukturschwachen Gegenden präsent
2 ter wird und sich Zeit nimmt, die Anliegen der dortigen
3 Bürger*innen anzuhören und dementsprechend den
4 Rechtspopulismus zu hinterfragen, um die wahren
5 Probleme der Leute herauszufinden und daran zu
6 arbeiten. Somit könnte die SPD ein Zeichen setzen und
7 wieder zu einer glaubwürdigen Volkspartei werden und
8 den Anspruch daran auch stellen. Konkret muss dies in
9 Form von stärkerer Politiker*innenpräsenz und besserer
10 Gewerkschaftsarbeit umgesetzt werden. Besagte
11 Präsenz kann durch bestimmte Maßnahmen erreicht
12 werden. So muss es mehr Bürgersprechstunden geben
13 bzw. müssen sie überhaupt erstmal eingeführt wer-
14 den. Zudem kann ein Umsetzung der Verbesserung der
15 Politiker*innenpräsenz durch Politikerbüros direkt vor
16 Ort geschafft werden. Dies muss auch in Wahlkreisen
17 passieren, die keine Vertreter*innen der SPD haben,
18 um die SPD auch dort wieder volksnäher zu machen.
19 Letzter Vorschlag für Maßnahmen, die getätigt werden
20 können, sind Bürgerfeste oder ähnliche Angebote für
21 die Bürger*innen der einzelnen Wahlkreise zu schaffen,
22 um die SPD wieder ins alltägliche Gesellschaftsbild zu
23 integrieren.

24
25 Dies soll durch gegenseitige Unterstützung der einzel-
26 nen Wahlkreise untereinander geschehen.

27

28 **Begründung**

29 Seit Jahren hat die SPD Jahr um Jahr ihre Glaubwür-
30 digkeit als sozialdemokratische Partei verloren, da
31 die Bürger*innen dieses Landes sich in ihren Anliegen
32 nicht ernst genommen gefühlt haben. Dieser Ver-
33 lust der Glaubwürdigkeit gipfelte im Jahr 2015 in der
34 Flüchtlingskrise und schreitet seitdem stetig fort, da,
35 merklich anhand der Umfragewerte der SPD, das Ver-
36 trauen gesunken ist. Die Flüchtlingskrise war deswegen
37 der Gipfel, weil dort der Unmut der Bürger*innen ein
38 neues Gesicht bekam, nämlich den Ausdruck des Frus-
39 tes durch Fremdenfeindlichkeit und den Anstieg der
40 Empfänglichkeit von Rechtspopulismus, weil dies ein
41 aktuell politisches Thema war und auch immer noch
42 ist und für jegliche Parteien erstmals wieder ein Thema
43 war, welches ernst genommen wurde. Problematisch
44 an der Sache war, dass die SPD und andere Parteien
45 schon vorher hätten dagegen wirken können, indem
46 man sich mit den Bürger*innen und ihren Problemen
47 auseinander gesetzt hätte.

1 4/1/2019

2 Jusos Oder-Spree

3 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
4 tag möge beschließen:

5 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
6 tag möge beschließen:

7

8 **Landlehrer*innen-Programm für Brandenburg**

9 dass die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird, sich
10 für die Einführung eines Landlehrer*innen-Programms,
11 angelegt an das Landärzte-Programm, einzusetzen.
12 Den Studierenden wird während ihres Lehramtstudi-
13 ums ein monatliches Stipendium in Höhe des BAföG
14 Höchstsatzes gezahlt. Im Gegenzug verpflichten sich
15 die Studierenden, nach Abschluss ihres Studiums min-
16 destens fünf Jahre im Land Brandenburg als Lehrkraft
17 tätig zu sein.

18

19 **Begründung**

20 Bildung ist das Fundament gesellschaftlicher Teilhabe,
21 eine Grundvoraussetzung, um berufliche Perspektiven
22 wahrzunehmen und ein entscheidender Faktor zur
23 Sicherstellung von Chancengleichheit in unserem Land.

24

25 In Brandenburg gibt es allerdings immer noch massive
26 qualitative Unterschiede zwischen verschiedenen
27 Regionen. Ein Grund dafür sind fehlende Lehrkräfte,
28 insbesondere im ländlichen Raum und daraus resultie-
29 render Stundenausfall.

30

31 Gleichzeitig schaffen es immer weniger junge Men-
32 schen, ihr Studium in Regelstudienzeit zu absolvieren,
33 da sie nebenbei arbeiten gehen müssen, um ihren
34 Lebensunterhalt zu bestreiten.

35

36 Ein Brandenburg-Stipendium, angelegt an das
37 Landärzte-Programm, kann hier Abhilfe schaffen
38 und zudem helfen, pädagogischen Fachkräften bisher
39 nicht bedachte Perspektiven zu eröffnen und sie auch
40 langfristig an die Region zu binden.

1 5/1/2019

2 **Jusos Oder-Spree**

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
4 **tag möge beschließen:**

5 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
6 **tag möge beschließen:**

7

8 **Referendariat flexibel gestalten, Familienfreundlich-**
9 **keit fördern!**

10 dass die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird,
11 sich für eine Änderung der Ordnung für den Vor-
12 bereitungsdienst für Lehramtsanwärter*innen und
13 Studienreferendar*innen einzusetzen, so dass es bis
14 zur Mitte der kommenden Wahlperiode möglich ist,
15 den Vorbereitungsdienst in Teilzeit zu absolvieren.

16

17 **Begründung**

18 Das Referendariat stellt eine besondere Herausforde-
19 rung in der Lehrer*innenausbildung dar. Viele ange-
20 hende Lehrkräfte geraten durch die hohe Belastung
21 und den zeitlichen Aufwand an ihre Kapazitätsgren-
22 zen. Insbesondere junge Lehramtsanwärter*innen
23 mit Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen
24 können dieser Belastung nicht standhalten und müs-
25 sen ihre Ausbildung frühzeitig beenden. Um eben
26 diese Menschen zu entlasten und Ihnen trotz ihrer
27 herausfordernden Lebensumstände den Einstieg ins
28 Berufsleben zu erleichtern, fordern wir die Möglichkeit,
29 das Referendariat in Ausnahmefällen auch in Teilzeit
30 absolvieren zu dürfen.

31

32 Das Land Brandenburg sollte als Vorbild eines moder-
33 nen Arbeitgebers vorangehen und die Vereinbarkeit von
34 Familie und Beruf nicht erst im Berufsleben, sondern
35 schon in der Ausbildung ermöglichen.

Chancengleichheit, Soziales und Arbeitsmarkt

1 6/1/2019

2 Jusos Potsdam

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
4 **tag möge beschließen:**

5 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
6 **tag möge beschließen:**

7

8 **EIN Brandenburg braucht ausreichend studentischen**
9 **Wohnraum in ganz Brandenburg**

10 Die Jusos fordern die Landesregierung auf,

11

12 1. entschieden für mehr studentischen Wohnraum
13 zu kämpfen und einen Plan vorzulegen, wie die
14 Beschlusslage der SPD Brandenburg, eine landes-
15 weite Versorgungsquote der Studentenwerke i.H.v.
16 20% (im Folgenden 20%-Quote genannt), zeitnah
17 erreicht werden kann.

18

19 2. folgende Präzisierungen der bisherigen Beschluss-
20 lage vorzunehmen:

21

22 a. Die 20%-Quote wird nicht nur landesweit,
23 sondern in jedem einzelnen Universitätsstandort
24 erreicht.

25

26 b. bei der Erweiterung von Universitätsstandorten
27 wie einem Ausbau oder dem Hinzukommen von
28 Studiengängen, Fakultäten, Lehrstühlen oder
29 Professor*innen die Quote proaktiv auf über 20%
30 zu erhöhen, um das Hinzukommen zusätzlicher
31 Studierenden auszugleichen.

32

33 3. Ein Sofortprogramm mit folgenden Punkten noch
34 vor der kommenden Landtagswahl zu beschließen:

35

36 a. Studentenwerke werden Genossenschaften und
37 städtischen Wohnungsbaugesellschaften vollstän-
38 dig gleichgestellt, dies umfasst insbesondere

39

40 i. Das Ende jeglicher Diskriminierung, welche sich
41 z.B. durch zähe Verhandlungen äußert, ob trotz
42 eines extrem angespannten Wohnungsmarktes
43 Bedarf für weitere Studierendenwohnheime be-
44 steht.

45

46 ii. Die Erlaubnis auf Kredite der zu 100% bun-
47 deseigenen Förder- und Investitionsbank KfW
48 zugreifen zu dürfen. Da dies keine finanziellen

- 1 Mittel erfordert, ist dies noch vor der Landtagswahl
2 umzusetzen.
3
4 iii. Der Erlaubnis ohne An- oder Aufrechnung
5 von Landesmitteln Bundesmittel in Anspruch zu
6 nehmen sowie diese beliebig zu kombinieren.
7
8 iv. Die Schaffung einer eigenen Förderrichtlinie. Der
9 Kampf um jedes einzelne Studierendenwohnheim
10 muss schon vor der Landtagswahl enden!
11
12 b. Studierendenwohnheime als Modulbauten
13 einmalig normal und anschließend verkürzt und
14 schneller genehmigen.
15
16 c. In die Höhe bauen statt Pärchenzimmer! Wenn
17 das Studierendenwohnheim 7 Stockwerke hat,
18 braucht es keine Pärchenzimmer!
19
20 4. eine Bundesratsinitiative zu mehr bezahlbaren
21 studentischen Wohnraum zu starten, die insbeson-
22 dere folgende Punkte umfasst:
23
24 a. den von den Studierendenwerken geforderten
25 Hochschulsozialpakt
26
27 b. ein Bundesprogramm für Bau und Sanierung von
28 Studierendenwohnheimen
29
30 **Begründung**
31 erfolgt mündlich

- 32 **7/1/2019**
33 **Jusos Potsdam**
34 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
35 **tag möge beschließen:**
36 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
37 **tag möge beschließen:**
38
39 **EIN Brandenburg braucht Jänschwalde als Kraftwerks-**
40 **standort**
41 Durch einen Beschluss der EU-Kommission werden die
42 Emissionsgrenzwerte für Kohlekraftwerke zu Beginn
43 des Jahres 2021 verschärft. Das Kraftwerk Jänschwalde
44 wird diese Grenzwerte voraussichtlich nicht einhalten
45 können und eine aufwendige Nachrüstung würde den
46 Betrieb unwirtschaftlich machen.
47

1 Die Jusos fordern die Landesregierung daher auf, nahe
2 des bisherigen Kraftwerksstandorts ein neues Gaskraft-
3 werk sowie ein Wasserstoffkraftwerk zu errichten und
4 noch vor 2025 in Betrieb zu nehmen.

5

6 **Begründung**

7 erfolgt mündlich

8 **8/1/2019**

9 **Jusos Elbe-Elster**

10 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress &**
11 **SPD- Bundestagsfraktion möge beschließen:**

12

13 **Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12,00**
14 **€/Stunde**

15 dass der gesetzliche Mindestlohn auf 12,00 € stündlich
16 erhöht werden soll.

17

18 **Begründung**

19 Der derzeit geltende Mindestlohn von 9,19 €/Stunde
20 sichert Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht
21 vor der Altersarmut ab. Deshalb ist es dringend erfor-
22 derlich, dem mit einer Erhöhung entgegenzuwirken.
23 Außerdem sorgt dies für höhere Steuereinnahmen.

24 **9/1/2019**

25 **Jusos Potsdam**

26 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress**
27 **möge beschließen:**

28

29 **Für eine Modernisierung des Familienrechts**

30 Wir fordern eine tolerante, moderne Familienpolitik,
31 die aktiv gegen fortbestehende Benachteiligungen von
32 Familienmodellen, die nicht der stereotypischen Ideal-
33 familie entsprechen, vorgeht. Da das aktuell geltende
34 Familienrecht einschließlich damit verbundener steu-
35 errechtlicher Regelungen in den letzten Jahrzehnten
36 wenn nur punktuell, aber nie systematisch moderni-
37 siert worden ist und deshalb teils widersprüchlich, teils
38 ungerecht ist, wird die Bundeskonferenz aufgefordert,
39 zu prüfen, wie die Gesetzeslage geändert werden
40 muss, um unserem heutigen Verständnis von Familie
41 gerecht zu werden und bestehende Benachteiligungen
42 aufzuheben.

43

44 **Begründung**

1 Unser Verständnis von Familie ändert sich bedingt
2 durch den gesellschaftlichen Wandel und auch durch
3 neue medizinische Möglichkeiten. Dies hat sich z.B.
4 durch die Anerkennung der Ehe für alle und die Eintra-
5 gungsmöglichkeit "divers" im Personenstandsgesetz
6 auch schon teilweise in Gesetzesänderungen nie-
7 dergeschlagen. Doch diesen Änderungen gingen oft
8 Gerichtsurteile voraus, auf die der Gesetzgeber dann,
9 z.B. im Fall der Änderung des Personenstandsregisters,
10 nur mit unzufriedenstellenden Minimallösungen re-
11 agiert hat. Einer grundlegenden Auseinandersetzung
12 mit Fragen wie der, ob Elternschaft vorrangig nach
13 der genetischen Abstammung oder nach der sozialen
14 Zugehörigkeit bestimmt werden soll oder der, ob es
15 möglich sein sollte, dass auch drei Personen gleich-
16 berechtigt als Eltern eines Kindes anerkannt werden
17 können, hat sich der Gesetzgeber ebenso verweigert
18 wie einer daran anschließenden systematischen Mo-
19 dernisierung des Familienrechts. Deshalb sind nicht
20 nur viele Fragen unbeantwortet geblieben, sondern
21 auch neue Widersprüche geschaffen worden. So steht
22 die neue Option, sich als "divers" eintragen zu lassen
23 nur intersexuellen Menschen und nur nach ärztlichem
24 Attest frei, während die Rechte anderer Menschen, die
25 sich keinem Geschlecht eindeutig zugehörig fühlen,
26 außer Acht gelassen wurden.

27
28 Wir halten es daher für wichtig, eine grundsätzliche
29 Auseinandersetzung zu führen und die Gesetzeslage
30 systematisch zu reformieren, um sie gerechter und
31 auch übersichtlicher zu machen.

32
33 Auch bei der Gestaltung von Förderprogrammen für Fa-
34 milien ist es wichtig, zuerst zu fragen, welche Familien-
35 modelle es in der Realität gibt und dann zu überlegen,
36 wie das Programm aussehen muss, um von allen gleich-
37 berechtigt in Anspruch genommen werden zu können,
38 damit ungerechtfertigte Benachteiligungen in Zukunft
39 vermieden werden.

40 **10/1/2019**

41 **Jusos Oberhavel**

42 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
43 **tag & SPD- Bundesparteitag möge beschließen:**

44

45 **Gesetzliche Festschreibung der Arbeitszeit auf**
46 **35h/Woche**

47 Im Arbeitszeitgesetz soll die wöchentliche Arbeitszeit

1 auf maximal 35h pro Woche festgeschrieben werden.
2
3 Sollten Arbeitgeber*innen darüber hinaus längere
4 Arbeitszeiten vereinbaren wollen, so soll das Unternehmen
5 verpflichtet werden, einen Tarifvertrag mit einer
6 für ihn zuständigen Gewerkschaft einzugehen oder
7 einen Tarifvertrag der Branche anzuerkennen.
8
9 Für Unternehmen mit einer Größe von weniger als
10 50 Mitarbeiter*innen im Sinne des BetrVerfG sollen
11 maximal 40h/Woche festgeschrieben werden.
12
13 Bei der Umsetzung muss darauf geachtet werden, dass
14 Arbeitnehmer*innen, die aktuell 40h/Woche arbeiten,
15 bei 35h/Woche nicht weniger entlohnt werden.
16

17 **Begründung**

18 In einer immer unsicheren Zeit, mit der Entwicklung
19 von Industrie 4.0 und immer weiterer Automatisierung
20 der Arbeitsprozesse ist es wichtig, so viele Arbeits-
21 plätze wie möglich zu erhalten. Durch die drastische
22 Reduzierung von aktuell 48h/Woche auf 35h/Woche
23 können so Arbeitsplätze geschaffen werden und die
24 Arbeitslosigkeit somit bekämpft werden.
25
26 Des Weiteren ist uns bewusst, dass nicht alle Ar-
27 beitgeber 35h/Woche anbieten wollen/können. Diesen
28 wird die Möglichkeit gegeben, einen Tarifvertrag abzu-
29 schließen. Dadurch fördern wir die Tarifgebundenheit,
30 die in den letzten Jahren so stark abgenommen hat,
31 aber so wichtig für die deutsche Wirtschaft, sowie für
32 die Rechte und Wertschätzung der sowie für die Rechte
33 und Wertschätzung der Arbeitnehmer*innen ist.

34 **11/I/2019**

35 **Jusos Brandenburg**

36 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Ministerium für**
37 **Infrastruktur & Landesplanung Brandenburg & Lan-**
38 **desparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen:**

39

40 **Kostenloser ÖPNV für Schüler, Studierende und Azubis**

41 Die Jusos Brandenburg fordern die Landesregierung
42 Brandenburg auf, zum nächstmöglichen Zeitpunkt
43 einen kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr
44 für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende
45 einzuführen.

46

47 **Begründung**

- 1 Unser Ziel ist es, Schüler*innen, Studierende und Aus-
2 zubildende sowie deren Eltern zu entlasten. Jungen
3 Menschen soll die unkomplizierte und schnelle Verbin-
4 dung von A nach B ermöglicht werden.
5
6 Ein kostenloser öffentlicher Personennahverkehr bietet
7 nicht nur die Entlastung des Individualverkehrs und
8 somit auch Einsparungen im CO₂-Ausstoß, sondern be-
9 reitet junge Brandenburgerinnen und Brandenburger
10 auch auf ihre selbstständige Zukunft vor.
11
12 Das Land Brandenburg hat sowohl kulturell als auch
13 landschaftlich viel zu bieten. Dass auch junge Men-
14 schen aller Elternhäuser diese Angebote wahrnehmen
15 können und sich dabei einer gewissen Flexibilität bedie-
16 nen können, bedarf es kostenlosen Nahverkehr.
-

Demokratie, Inneres, Justiz und Verbraucherschutz

1 13/I/2019

2 JSAG

3 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
4 tag möge beschließen:

5 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
6 tag möge beschließen:

7

8 **Echte Demokratie in der Schule**

9 Die Landesregierung und die sozialdemokratische
10 Landtagsfraktion werden aufgefordert, die Wahlgrund-
11 sätze für innerschulische Gremien festzuschreiben.
12 Für den Wahlgrundsatz der geheimen Wahl soll §78
13 Absatz 8 Satz 2 BbgSchulG gestrichen werden. Für die
14 unmittelbare Wahl sollen §82 Absatz 4 BbgSchulG (Satz
15 1,2) „Elternkonferenz wählt“ in „die Eltern der Schule
16 wählen“ geändert werden, §84 Absatz 4 (Satz 1,2) und 6
17 Satz 1 BbgSchulG „die Konferenz der Schülerinnen und
18 Schüler wählt“ in „die Schülerinnen und Schüler der
19 Schule wählen“ geändert werden.

20

21 **Begründung**

22 Die fünf Wahlgrundsätze sind das Fundament der
23 Demokratie und machen eine legitime Wahl aus.
24 In der Schule werden diese aber nicht zwangsläufig
25 angewendet. Es besteht die Möglichkeit trotz Kampf-
26 kandidaturen offen zu wählen und der Grundsatz der
27 Unmittelbarkeit entfällt komplett. Dadurch sind alle
28 Wahlen der schulischen Gremien nicht zielführend.

29

30 Wird nicht geheim gewählt besteht die Gefahr, dass das
31 Ergebnis verfälscht wird. Eine offene Wahl wird in den
32 allermeisten Fällen ein anderes Ergebnis hervorbringen,
33 nicht ohne Grund ist es Pflicht bei sonstigen politischen
34 Wahlen geheim zu wählen.

35

36 Wird eine Wahl nicht unmittelbar durchgeführt, wird
37 sie auch nicht dem Benehmen der Mehrheit entspre-
38 chen und das Interesse für diese Wahl geht verloren.
39 Wahlen für schulische Gremien erfüllen aber einen zu
40 großen Zweck, um dem unterliegen zu dürfen. Die Schü-
41 ler*innen haben dadurch die Möglichkeit ihre Meinung
42 zu vertreten und realpolitisch etwas zu verändern. Dies
43 trägt dazu bei die Schüler*innen zu verantwortungsbe-
44 wussten zu Staatsbürger*innen zu erziehen, dieser Ef-
45 fekt wird durch eine mittelbare Wahl abgemildert und
46 sogar zerstört. Daher muss das Prinzip der Unmittel-
47 barkeit eingeführt und ein Statement gegen die Politik-
48 verdrossenheit gesetzt werden. Der Mehraufwand kann

- 1 auf innerschulischer Ebene problemlos gestemmt wer-
2 den.

3 **14/1/2019**

4 **Jusos Potsdam-Mittelmark**

5 **Der Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**

6

7 **Kein Glücksspiel in Kneipen und Imbissen**

8 Wir fordern ein Verbot von Glücksspielautomaten in
9 Imbissen, Bistros und anderen Formen der Gastrono-
10 mie, in denen zugleich Alkohol ausgeschenkt bzw. der
11 Erwerb von Alkohol möglich ist.

12

13 **Begründung**

14 Glücksspielautomaten in einer Gastronomie mit Al-
15 koholausschank oder Verkauf von Alkohol fördern die
16 Möglichkeit der Kombination beider Suchtmittel und
17 erhöht das Risiko der Spielsucht maßgeblich. In Spiel-
18 hallen ist der Ausschank von Alkohol bereits verboten,
19 darum ist es nur folgerichtig dies auch in Imbissen
20 und anderen Formen der Gastronomie in denen der
21 Ausschank und Erwerb von Alkohol gestattet ist, zu
22 unterbinden. Insbesondere nach dem bundesweiten
23 Anstieg von Fällen von Glücksspielsucht besteht nach
24 unserer Ansicht mehr als Bedarf zu handeln.

25 **15/1/2019**

26 **Jusos Oberhavel**

27 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landtagsfrak-
28 tion & SPD- Landesvorstand möge beschließen:**

29

30 **Straßenbaubeiträge weiterentwickeln statt überstürzt
31 abschaffen!**

32 Die Jusos Brandenburg sprechen sich für eine Weiter-
33 entwicklung der nach dem Kommunalabgabengesetz
34 (KAG) zu erhebenden Straßenbaubeiträge aus. Zugleich
35 lehnen die Jusos Brandenburg die Abschaffung dieser
36 Beiträge ab.

37

38 1. Im Einzelnen sollten folgende Punkte im KAG
39 überarbeitet werden:

40

41 Kommunen sollen verpflichtet werden, auf den
42 Abschluss von Ablöseverträgen hinzuwirken. Nur
43 in Ausnahmefällen sollen wie bisher die Beiträge
44 durch Bescheid festgesetzt werden können.

- 1
2 2. Die Möglichkeiten der Einstufung von Straßen
3 sollen zukünftig im KAG selbst und nicht in kom-
4 munalen Satzungen geregelt werden. Hierbei
5 sollen neben Anliegerstraßen und Hauptverkehrs-
6 straßen weitere Kategorien mit entsprechenden
7 Beitragssätzen Berücksichtigung finden.
8
9 3. Anstelle der bisherigen Regelungen zur Stundung
10 und zum Erlass von zu zahlenden Beiträgen (§ 12
11 Abs. 1 Nr. 5 a KAG i.V.m. der Abgabenordnung; §
12 12c KAG) sollen Neuregelungen erarbeitet werden.
13 Diese sollen insbesondere eine flexiblere Raten-
14 zahlung und weitergehende Erlassmöglichkeiten
15 in Härtefällen beinhalten.
16
17 4. Anstelle der bisherigen festen Verzinsung von
18 gestundeten Beiträgen mit 6% pro Jahr (§12 Abs. 1
19 Nr. 5 b i.V.m. §§ 234, 238 Abgabenordnung) soll eine
20 am Basiszinssatz gemäß § 247 BGB orientierte Re-
21 gelung eingeführt werden; der Zinssatz sollte den
22 Basiszinssatz um nicht mehr als 3 % übersteigen.
23
24 5. Des Weiteren ist zu überprüfen, in welchem Maße
25 eine bessere und frühere Beteiligung der Anlie-
26 ger*innen im Ausbaurverfahren sinnvoll erfolgen
27 kann.
28

29 **Begründung**

30 Die Volksinitiative zur Abschaffung von Straßenaus-
31 baubeiträgen im Land Brandenburg hat mit mehr als
32 108.000 erzielten Unterschriften einen beachtlichen
33 Erfolg erzielt. Dies zeigt: Das bisherige System der
34 Straßenausbaubeiträge erzeugt erheblichen Wider-
35 stand.
36

37 Dabei ist es unsere feste Überzeugung, dass die
38 Beteiligung von Anlieger*innen am Ausbau einer
39 Straße richtig und wichtig ist. Zwar stehen Straßen
40 im öffentlichen Eigentum und gehören daher der
41 Allgemeinheit. Dennoch ist nicht zu vernachlässigen,
42 dass die Erschließung eines privaten Grundstücks mit
43 öffentlichen Straßen einen wirtschaftlichen Vorteil
44 durch Steigerung des Grundstückswertes mit sich
45 bringt. Gleichwohl kann und soll die Beitragslast die
46 Bürger*innen nicht in vollem Umfang und unabhängig
47 von der verkehrstechnischen Bedeutung ihrer Straße
48 treffen.
49

50 In der öffentlichen Diskussion wird derzeit davon

1 gesprochen, dass im Falle einer Abschaffung der
2 Straßenbaubeiträge das Land den Kommunen bis zu
3 40 Millionen Euro jährlich als Ausgleich erstatten will.
4 Demgegenüber besteht nach der Auskunft des Städte-
5 und Gemeindebundes derzeit ein Investitionsbedarf in
6 Höhe von etwa 2,77 Milliarden Euro. Damit ist klar, dass
7 der kommunale Straßenbau weitere Einnahmeausfälle
8 nicht verkraften kann. Zudem würde bei einer Abschaf-
9 fung der Beiträge auch deren regulierende Wirkung
10 wegfallen; es damit zu rechnen, dass die Forderungen
11 nach dem Ausbau von Straßen eher mehr als weniger
12 werden.

13
14 Ebenfalls zu kurz kommt in der öffentlichen Debatte
15 die Unterscheidung zwischen den Straßenbaubei-
16 trägen nach dem Kommunalabgabengesetz und den
17 Erschließungsbeiträgen nach dem Baugesetzbuch
18 des Bundes. Letztere werden bei der erstmaligen
19 Erschließung einer Straße (z.B. beim Neubau eines
20 Wohngebietes oder der erstmaligen Asphaltierung
21 eines Sandweges) fällig und betragen bis zu 90% der
22 anfallenden Kosten. Zwar könnte das Land auch diese
23 Beiträge im Kommunalabgabengesetz regeln und letzt-
24 lich abschaffen; das würde die Kosten aber nochmals
25 enorm in die Höhe treiben und wird folgerichtig derzeit
26 auch nicht diskutiert. So besteht aber das hohe Risiko,
27 dass Bürger*innen, die sich von Ausbaubeiträgen be-
28 freit glauben, dennoch über die Erschließungsbeiträge
29 zur Kasse gebeten werden.

30
31 Nichtsdestotrotz besteht in den derzeitigen Rege-
32 lungen im Kommunalabgabengesetz erhebliches
33 Verbesserungspotenzial. Dem sollen die oben vorge-
34 schlagenen Maßnahmen dienen.

35
36 Zu 1.) Oft sind Anlieger*innen durchaus bereit, einen
37 gewissen Beitrag zum Ausbau „ihrer“ Straßen zu leis-
38 ten. Frust wird oft dann erzeugt, wenn der tatsächlich
39 per Bescheid eingeforderte Betrag den ursprünglich
40 veranschlagten deutlich übersteigt. Dem kann durch
41 die verpflichtende Einführung von Ablösevereinba-
42 rungen entgegengewirkt werden. Durch eine solche
43 verpflichten sich die Anlieger*innen im Vorfeld, den auf
44 sie entfallenden Beitrag nach vorläufiger Kostenschät-
45 zung zu bezahlen. Kostensteigerungen während des
46 Bauverfahrens fallen dann der Gemeinde zu Last; zwar
47 kommen der Gemeinde auch Kostenerleichterungen
48 zugute, die aber eher die Ausnahme sein dürften.
49 Erfahrungen vor Ort haben gezeigt, dass Ablöseverein-
50 barungen in hohem Maße geeignet sind, Akzeptanz bei

1 den Anlieger*innen herzustellen.

2

3 Zu 2.) Zur möglichen Höhe des Beitragssatzes existiert
4 eine breit gefächerte Rechtsprechung. Bei der Höhe
5 muss berücksichtigt werden, ob die Straße in erster
6 Linie dem Anliegerverkehr oder dem überörtlichen
7 Verkehr dient. Bei Anliegerstraßen liegt der zu zahlende
8 Anteil der Anlieger*innen dementsprechend höher.
9 Oft kommt es hierbei zu Ungerechtigkeiten, wenn
10 Städte und Gemeinden nur zwischen Hauptverkehrs-
11 straßen und Anliegerstraßen unterscheiden, es aber
12 Straßen gibt, deren Bedeutung dazwischen liegt (etwa
13 weil sie als Anliegerstraße gedacht waren, aber vom
14 Durchgangsverkehr als Abkürzung benutzt werden).
15 Hier kann im Gesetz ein breiter gefächerter Kanon
16 von möglichen Einstufungen vorgegeben werden, der
17 Ungerechtigkeiten beseitigen kann.

18

19 Zu 3./4.) Derzeit erfolgen Stundung, Erlass und Verzin-
20 sung nach den strengen und unflexiblen Regelungen
21 der Abgabenordnung (AO). Hier sollten flexiblere Stun-
22 dungsmodelle sowie ein Ausbau der Härtefallklauseln
23 Eingang in ein überarbeitetes Kommunalabgabenge-
24 setz finden. Ebenfalls aus der Zeit gefallen ist der feste
25 Zinssatz von 6% pro Jahr. In einer Zeit von Null- oder gar
26 Negativzinsen ist ein solcher völlig unverhältnismäßig
27 und kann für sich genommen schon Härtefälle begrün-
28 den oder diese verschärfen. Die Verzinsung sollte sich
29 daher, wie in vielen anderen Bundesländern üblich, am
30 Basiszinssatz orientieren.

31

32 Zu 5.) Schließlich sollte geprüft werden, inwieweit ei-
33 ne frühere Anliegerbeteiligung möglich und sinnvoll ist,
34 um den Anlieger*innen Einfluss auf die Gestaltung und
35 den Ausbaustandard „ihrer“ Straße zu geben.

Frauen, Feminismus & Gender

- 1 **16/1/2019**
- 2 **Jusos Potsdam**
- 3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress**
- 4 **möge beschließen:**
- 5
- 6 **Dritte Geschlechtsoption und „Keine Angabe“ als**
- 7 **Eintragungsmöglichkeit in den Mitgliedsdaten und bei**
- 8 **Anmeldungsformulare für Veranstaltungen der SPD**
- 9 Die SPD wird dazu aufgefordert die Möglichkeit zu er-
- 10 öffnen, der Eintragungsmöglichkeit in den Mitgliedsda-
- 11 ten, sowie für die Anmeldungen von Veranstaltungen
- 12 der SPD für Personen mit der dritten Geschlechtsoption
- 13 und “Keine Angabe” zu ermöglichen. Die Entscheidung,
- 14 sich als divers eintragen zu lassen, kann jedes Mitglied
- 15 selbstbestimmt treffen, d.h. sie ist nicht von einer ent-
- 16 sprechenden Eintragung im Personalausweis abhängig.
- 17
- 18 **Begründung**
- 19 Erfolgt mündlich

Gesundheit

1 17/1/2019

2 Jusus Potsdam

3 Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress
4 möge beschließen:

5

6 **Ermöglichung und Finanzierung von Social Freezing**

7 Von der SPD wird gefordert, dass sie sich aktiv dafür
8 einsetzt, dass das Einfrieren von Eizellen von Frauen,
9 das sog. Social Freezing, ermöglicht und von den Kran-
10 kenkassen, zumindest anteilig, übernommen wird.

11

12 **Begründung**

13 Es muss möglich sein, Karriere und den Kinderwunsch
14 zu verbinden und dies in der Reihenfolge und zeitlichen
15 Dimension, wie Frau es sich wünscht. Damit aus den
16 Eizellen der Frauen kein Profit geschlagen wird, fordern
17 wir, dass dies von staatlicher Seite aus getragen wird.
18 Ein Kompromiss wäre es, den Krankenkassen finanzielle
19 Mittel zur Verfügung zu stellen.

20 18/1/2019

21

22 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landes-
23 parteitag möge beschließen:

24 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
25 tag möge beschließen:

26

27 **Impfen statt schwurbeln!**

28 Die Jusus Brandenburg fordern die SPD Brandenburg
29 und die SPD Landtagsfraktion dazu auf, dem bereits
30 beschlossenen Antrag aus dem Jahr 2018 „Gesund-
31 heitssystem fit für die Zukunft machen, Impfpflicht
32 einführen, Prävention stärken, Globukalyse now!“
33 und besonders den darin beschlossenen Teil rund
34 um das Thema Impfen bis zum Ende der aktuellen
35 Legislaturperiode schnellstmöglich umzusetzen.

36

37 **Begründung**

38 Die erneute Aufforderung zur Bearbeitung und Durch-
39 setzung des Antrages, resultiert aus der aktualisierten
40 Liste der WHO, welche Verweigerer*innen und „Impf-
41 gegner*innen“ auf Platz sieben der Gefahren für die
42 globale Gesundheit einstufen.

43

44 Des weiteren ist eine immer schneller und heftiger fort-
45 schreitende Radikalisierung der „Impfgegner*innen“ in

1 sozialen Netzwerken und auch in Person zu beobach-
2 ten.

3 **19/1/2019**

4 **Jusos Oberhavel**

5 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress**
6 **& SPD-Bundesparteitag & SPD-Landesparteitag möge**
7 **beschließen:**

8

9 **Kostenlose Verhütungsmittel für Jede*n**

10 Verhütungsmittel sollen bundesweit für jede*n kosten-
11 frei zugänglich sein. Die Kosten hierfür werden von den
12 Krankenkassen getragen.

13

14 **Begründung**

15 Hormonelle Verhütungsmittel gibt es in Deutschland
16 nur auf Rezept eines Arztes. Bis zum vollendeten 20.
17 Lebensjahr werden die Kosten von den gesetzlichen
18 Krankenkassen übernommen, danach müssen diese
19 selbst gezahlt werden. Jedoch empfinden wir es als
20 selbstverständlich, dass jeder Mensch ein Anrecht auf
21 kostenlosen Schutz vor Krankheiten sowie vor unge-
22 wollten Schwangerschaften hat. Es wird vorausgesetzt,
23 dass sich alle Menschen Verhütungsmittel leisten
24 können. Jedoch sollte ein Anrecht auf diesen Schutz
25 unabhängig vom Einkommen bestehen. Sexuelle
26 und gesundheitliche Selbstbestimmung gehören zu
27 unseren Menschenrechten und sollten dementspre-
28 chend behandelt werden. Aus diesem Grund sollte
29 jedem der kostenlose Zugang zur jeweils gewählten
30 Verhütungsmethode gewährleistet werden.

Netzpolitik, Medien, Datenschutz und Digitales

1 20/1/2019

2 JSAG

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Ministerpräsident**

4 **Brandenburg & SPD Bundestagsfraktion & Bundesrats-**

5 **abgeordnete möge beschließen:**

6

7 **Schnelle Beschließung des Digitalpaktes**

8 Der Bundesrat und die Ministerpräsident*innen werden

9 nachdrücklich aufgefordert ihre Blockade gegen den

10 Digitalpakt aufzuheben und die nötige Grundgesetz-

11 änderung schnell zu verabschieden.

12

13 **Begründung**

14 Unsere Schulen sind nicht für die aktuellen Heraus-

15 forderungen des 21. Jahrhunderts ausgerüstet. Im

16 Zeitalter der Digitalisierung ist es von essentieller

17 Bedeutung, unsere Schüler*innen auf die Herausfor-

18 derungen unserer Zeit und die Zukunft vorzubereiten.

19 Um dies zu gewährleisten müssen die Schulen digital

20 viel besser aufgestellt werden und aus der Kreidezeit

21 gelangen. Die Bundesregierung und der Bundestag

22 haben dies parteiübergreifend erkannt und die nötige

23 Grundgesetzänderung verabschiedet. Derzeit droht der

24 Digitalpakt in den Tiefen der Bürokratie unterzugehen.

25 Der Kompetenzstreit zwischen Bund und Ländern

26 wird auf dem Rücken unserer Schüler*innen und ihrer

27 Zukunft ausgetragen. Dieser Zustand muss umgehend

28 beendet werden und die Voraussetzungen für ein

29 digitales Bildungssystem geschaffen werden.

Organisation und Partei

1 21/1/2019

2 Jusos Havelland

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
4 **tag & SPD- Landesvorstand möge beschließen:**

5

6 **Es kommt ein Wind aus dem Osten. Ostvernetzung**
7 **stärken!**

8 Wir fordern den Landesvorstand der SPD Brandenburg
9 dazu auf, sich mit den

10

11 anderen ostdeutschen Landesverbänden besser zu
12 vernetzen. Dafür sollen konkret folgende

13

14 Schritte unternommen werden:

15

16 1. Ein gewähltes Mitglied des Landesvorstandes wird
17 zum Beauftragten für Ostvernetzung

18

19 ernannt. Diese Person erstattet dem Landesvor-
20 stand und dem Landesausschuss

21

22 regelmäßig Bericht.

23

24 2. Der Landesverband setzt sich dafür ein, dass sich
25 mindestens einmal jährlich

26

27 Vertreter*innen aller ostdeutschen Landesverbän-
28 de treffen um über gemeinsame

29

30 Probleme und gemeinsame Ziele zu diskutieren.
31 Die Koordination dieser Treffen soll die/

32

33 der Ost-Beauftragte des Parteivorstandes zusam-
34 men mit den Landesvorständen

35

36 übernehmen.

37

38 3. Ein perspektivisches Ziel soll ein gemeinsamer
39 Antrag aller ostdeutschen Bundesländer

40

41 zu einem Bundesparteitag sein, um die Interessen
42 Ostdeutschlands zu vertreten.

43

44 **Begründung**

45 Der Juso-Bundeskongress 2018 in Düsseldorf hat ein-
46 drucksvoll bewiesen, welche

47

48 Durchsetzungsfähigkeit die ostdeutschen Landesver-

1 bände gemeinsam haben. Durch eine
2
3 bessere Koordination unserer Arbeit können wir es
4 schaffen, dass unsere Interessen auf
5
6 Bundesebene besser erhört werden. Denn nur durch
7 eine bessere Zusammenarbeit haben
8
9 wir die Chance, dass wir uns gegen starke Bezirke wie
10 Nordrhein-Westfalen und den
11
12 Niedersächsischen Bezirken durchsetzen können.

13 **22/1/2019**

14 **Jusos Potsdam-Mittelmark**

15 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
16 **tag möge beschließen:**

17 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
18 **tag möge beschließen:**

19

20 **Frischer Wind in den Landesvorstand**

21 dass die Jusos Brandenburg eine Mandatszeitbegren-
22 zung für den SPD-Landesvorstand von sechs Jahren
23 beziehungsweise drei Vorstandswahlen fordern.

24

25 Zudem fordern wir im geschäftsführenden Landesvor-
26 stand eine Trennung von Amt und Mandat. Mitglieder
27 der Bundes- oder Landesregierung (Bundeskanzler*in,
28 Bundesminister*in, Ministerpräsident*in, Landesminis-
29 ter*in) dürfen somit kein Teil des geschäftsführenden
30 Vorstandes sein.

31

32 Die Landessatzung ist entsprechend zu ändern.

33

34 **Begründung**

35 Seit zwei Jahren wird von Erneuerung gesprochen,
36 jedoch ist bisher keine eingetreten. Die großen Fragen
37 und Positionen unsere Zeit wurden herausgeschoben.
38 Neben der notwendigen Befassung mit Zukunftsthe-
39 men, braucht es insbesondere personell frischen Wind,
40 der diese Themen voranbringt. Inhaltliche Neupo-
41 sitionierung geht mit personeller Erneuerung Hand
42 in Hand. Wir sind überzeugt, dass ein Blick über den
43 Tellerrand nur möglich ist, wenn regelmäßig eine neue
44 Blickrichtung von außen eingenommen wird.

45

46 Vernetzung zwischen den Gremien ist wichtig, jedoch
47 ist die Postenhäufung zu massiv, wodurch Macht und

1 Einfluss sich auf die Hände weniger vereinen. Die Per-
2 spektive für die Wünsche und Sorgen der großen Ba-
3 sis einer Volkspartei wird dadurch geschmälert. Wir
4 glauben, dass ein Meinungspluralismus der mitglie-
5 derstärksten Partei Brandenburgs sich abbilden muss.
6 Wir sind überzeugt, dass es einem Ministerpräsident*in
7 nicht schadet, wenn er/sie nicht gleichzeitig Landesvor-
8 sitzende*r ist, sondern vielmehr die SPD-Basis-Meinung
9 gestärkt wird. Als Teil einer Regierung kann nie eine rei-
10 ne Parteimeinung vertreten werden. Nichtsdestotrotz
11 muss die SPD ihr Profil wahren. In den letzten GroKo-
12 Jahren mussten wir jedoch sehen, wie sozialdemokrati-
13 sche Positionen immer mehr verschwimmen. Gleichzei-
14 tig schafft die SPD Erfolge sowohl auf Bundes- als auch
15 auf Landesebene nicht mehr in der Bevölkerung, teil-
16 weise nicht mehr in der eigenen Partei zu kommunizie-
17 ren. Ein erster Schritt, um dieses Muster aufzubrechen,
18 ist daher die Trennung von Partei und Regierung im ge-
19 schäftsführenden Vorstand und eine Zeitbeschränkung
20 der Vorstandstätigkeit.

21 **23/1/2019**

22 **Jusos Potsdam-Mittelmark**

23 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
24 **tag & SPD- Landtagsfraktion & Stollenbäckerei möge**
25 **beschließen:**

26

27 **Glorifizierung der Heiligen Mopp'igkeit**

28 Die Glorifizierung der Heiligen Moppi – Wappentier des
29 größten Kämpfers der SPD Brandenburg Erik Stohn –
30 voranzutreiben und die Huldigung „unserer“ Moppi bis
31 in alle Schichten der Partei durchzusetzen.

32

33 Dies solle erreicht werden, indem:

34

35 • Moppi als Hüter und Beschützer der ungewählten
36 Sozen in das Wappen des Landes Brandenburg auf-
37 genommen wird. (Bildvorschlag anbei). Heiligen
38 Mopp'igkeit

39

40 • Moppi zum Inbegriff der Antriebskraft für jeden
41 von Reichsbürgern gejagten Wahlkampfhelfer
42 wird. Hierzu streichen wir den „Adler“ aus dem
43 Lied „Steige hoch du roter Adler“ und geben dem
44 Lied mit „Steige auf du rote Moppi“ (natürlich mit
45 Stohn-Originalton) endlich die einzig wahre Strahl-
46 kraft. Möge das Lied uns auf all unseren Wegen
47 durchs Brandenburger Hinterland beschützen.

- 1
2 • Einführung des Miracle Morning Moppi vor jedem
3 Parteitag, Ortsvereinsitzung, Arbeitskreis etc.
4 Lasst uns bei den Händen fassen und rufen: „I am
5 strong, I am healthy and full of Moppi Energy“.
6 So erlebt auch der/die Letzte den 1. September 2019.
7
8 Diese Maßnahmen sind unverzüglich umzusetzen.
9
10 **Begründung**
11 Stohni ist cooler Typ. Alles weitere mündlich.

- 12 **24/1/2019**
13 **Jusos Oder-Spree**
14 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
15 **tag & SPD- Bundesparteitag möge beschließen:**
16
17 **Kommunalpolitik gemeinsam gestalten**
18 dass bei zukünftigen Kommunalwahlen die Kandida-
19 tenlisten nicht nur alternierend aufgestellt werden,
20 sondern dass auch unter den ersten vier Kandi-
21 dat*innen mindestens ein Juso vertreten ist.
22
23 **Begründung**
24 Im Hinblick auf die zukünftigen Kommunalwahlen, bei
25 denen bereits Jugendliche am 16 Jahren wählen dürfen,
26 wäre es ein fatales Zeichen, junge Kandidat*innen auf
27 die hinteren Listenplätze zu setzen. Denn auch die
28 kommunalen Parlamente sollten die Wählerschichten
29 widerspiegeln.
30
31 Außerdem sollte nicht nur die Erfahrung von gestande-
32 nen Genoss*innen den Ausschlag geben, denn gerade
33 dieser Punkt sorgt häufiger für Konflikte zwischen Alt
34 und Jung.

1 25/1/2019

2 Jusos Brandenburg

3 Der Landesdelegiertenkonferenz & Ministerium für

4 Ländliche Entwicklung & Umwelt und Landwirtschaft

5 möge beschließen:

6

7 **Mehr Hanf fürs Land! – Subventionen für Nutzhanf in**
8 **den ländlichen Regionen Brandenburgs**

9 Wir bitten die Landesregierung, den industriellen
10 Anbau von Nutzhanf im Land Brandenburg zu subven-
11 tionieren. Dabei sollte das Land geeignete Nutzgebiete
12 erschließen und für die industrielle Nutzung aus-
13 schreiben. Weiterhin sollten Anreize für potentielle
14 Erzeuger, u. a. durch bürokratische Hilfestellung und
15 finanzielle Erleichterungen (z. B. Steuerermäßigungen),
16 geschaffen werden.

17

18 **Begründung**

19 Als eine der ältesten Nutzpflanzen prägte die Hanf-
20 pflanze schon vor vielen Jahrhunderten das Leben und
21 die Wirtschaft Europas. Mit seinen erstaunlich vielsei-
22 tigen und ökologischen Anwendungsmöglichkeiten,
23 können wir dem Nutzhanf zu neuem Glanz verhelfen.

24

25 Für viele Herausforderungen unserer modernen Kon-
26 sumengesellschaft bietet der Nutzhanf eine Lösung. Mit
27 der ausschließlich zur Weiterverarbeitung nutzbaren
28 Pflanze können ihre Fasern zu Textilien, Papier und
29 selbst biologisch abbaubaren Kunststoffen verarbeitet
30 werden. Auch ihre Fähigkeit, CO₂ aus unserer Atemluft
31 zu speichern und ihre Anspruchslosigkeit in Bezug auf
32 ihre Anbau- und Bodenvoraussetzungen, sprechen für
33 einen wirtschaftlichen Einsatz der Nutzpflanze.

34

35 Teilen unseres Landes stehen große demografische Her-
36 ausforderungen bevor, für die es Lösungen bedarf. Mit
37 der großflächigen Kultivierung und Subventionierung
38 des Nutzhanfanbaus können wir unseren Beitrag zu ei-
39 ner teilweisen Sicherung des Arbeitsmarktes und des
40 erhalts des Lebensstandards für künftige Generationen
41 leisten.

Verkehrspolitik und Infrastruktur

1 **26/1/2019**

2 **Jusos Elbe-Elster**

3 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress**
4 **möge beschließen:**

5

6 **Ausbau des Fahrplans des ICE Sprinter**

7 dass das Verkehrsangebot des ICE Sprinter stark erwei-
8 tert und ausgebaut wird. Um eine weitere Zunahme des
9 Flug- und überregionalen Autoverkehrs zu vermeiden,
10 kann man dem nur mit einem schnelleren Schienen-
11 personenfernverkehr entgegenwirken. Das bestehende
12 Angebot ist dabei bei weitem nicht ausreichend, wenn
13 es darum geht, mit dem Flugzeug in Konkurrenz zu
14 treten. Die Zeitersparnis ergibt sich durch wenige und
15 kurze Haltezeiten an den Bahnhöfen. Ziel sollte es
16 deshalb sein, dass nur an den 21 Bahnhöfen der höchst-
17 ten Bahnhofskategorie 1 gehalten wird. Es soll einen
18 Taktfahrplan im Abstand von 60 bis 240 Minuten geben.

19

20 Die neuen Linien könnten folgend aussehen:

21

22 • Hamburg-Altona – Hamburg Hbf – Berlin Hbf –
23 Berlin Südkreuz – Nürnberg Hbf – München Hbf

24

25 • Hamburg-Altona – Hamburg Hbf – Hannover Hbf
26 – Nürnberg Hbf – München Hbf

27

28 • Berlin Ostbahnhof – Berlin Hbf – Hannover Hbf
29 – Dortmund Hbf – Essen Hbf – Duisburg Hbf –
30 Düsseldorf Hbf – Köln Messe/Deutz – Köln Hbf –
31 Frankfurt (Main) Hbf

32

33 • Berlin Südkreuz – Berlin Hbf – Hannover Hbf – Köln
34 Messe/Deutz – Köln Hbf

35

36 • Hamburg-Altona – Hamburg Hbf – Köln Mes-
37 se/Deutz – Köln Hbf – Frankfurt (Main) Hbf –
38 Stuttgart Hbf – München Hbf

39

40 **Begründung**

41 Derzeit existieren beispielsweise keine Sprinter-
42 Verbindungen zwischen Berlin und dem Ruhrgebiet
43 sowie zwischen Hamburg und München. Durch das
44 erweiterte Angebot würden viele vom Auto, dem Fern-
45 bus oder dem Flugzeug in die Bahn steigen. Dadurch
46 wird unter anderem ein entscheidender Beitrag zum

1 Klimaschutz geleistet.

2 **27/1/2019**

3 **Jusos Elbe-Elster**

4 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
5 **tag & SPD- Landtagsfraktion möge beschließen:**

6

7 **Berlin-Brandenburg-Express als Ergänzung und Alter-**
8 **native zum Fernverkehr**

9 dass der Schienenpersonennahverkehr in Berlin und
10 Brandenburg um die Zuggattung „Berlin-Brandenburg-
11 Express“ (BBX) erweitert werden soll. Dabei soll erreicht
12 werden, dass Regionen besser an Berlin angebun-
13 den werden. Diese Züge sollen seltener halten als
14 es Regionalexpress-Züge tun. Der Start- bzw. End-
15 punkt einer jeden Fahrt ist dabei Berlin Hbf. Die Züge
16 sollen nach Vorbild des Rhein-Ruhr-Express vom Ver-
17 kehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) gekauft und
18 anschließend zur Bewirtschaftung an das Eisenbahn-
19 verkehrsunternehmen vermietet werden, welches bei
20 einer Ausschreibung das beste Angebot macht. Damit
21 werden ein einheitliches Erscheinungsbild und die Qua-
22 lität der Fahrzeuge garantiert. Es sollen die allgemein
23 gültigen Fahrpreise der Verkehrsverbände gelten. Diese
24 Züge sollen im Takt von 60 bis 240 Minuten verkehren.

25

26 Die Verbindungen könnten wie folgt aussehen:

27

28 • Berlin Hbf – Dresden Hbf

29

30 • Berlin Hbf – Hamburg Hbf

31

32 • Berlin Hbf – Rostock Hbf

33

34 • Berlin Hbf – Cottbus Hbf

35

36 • Berlin Hbf – Frankfurt (Oder)

37

38 • Berlin Hbf – Leipzig Hbf

39

40 • Berlin Hbf – Hannover Hbf

41

42 **Begründung**

43 Um den weiter zunehmenden Fahrgastzahlen in Ber-
44 lin und Brandenburg Rechnung zu tragen ist es unbe-
45 dingt erforderlich, dass die Kapazitäten erhöht werden.
46 Durch den Berlin-Brandenburg-Express werden die Re-
47 gionen schneller mit Berlin verbunden, wohin man in

1 weitere Züge des Regional- und Fernverkehrs umstei-
2 gen kann. Dadurch, dass weniger Halte bedient wer-
3 den, verkürzen sich außerdem die Fahrzeiten. Vor allem
4 für den Süden Brandenburgs ist dieses Zugangebot ent-
5 scheidend. Für Cottbus bedeutet dies, dass das weni-
6 ge Fernverkehrsangebot dadurch ergänzt wird. Im Land-
7 kreis Elbe-Elster und dem südlichen Teltow-Fläming ist
8 es derzeit so, dass man nach Berlin weiterhin eine lan-
9 ge Fahrzeit in Anspruch nehmen muss und es keine um-
10 steigefreie Verbindung nach Dresden gibt. Die Fahrzei-
11 ten in die sächsische Landeshauptstadt sind durch Um-
12 stiege in Cottbus bzw. Elsterwerda und teilweise Cos-
13 wig lang und stehen daher in keinem Verhältnis zur Ent-
14 fernung. Die Bahn kann hier mit dem Auto nicht mithal-
15 ten.

16 **28/1/2019**

17 **Jusos Potsdam**

18 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
19 **tag möge beschließen:**

20 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
21 **tag möge beschließen:**

22

23 **EIN Brandenburg braucht Schlösser, keine Sichtachsen**

24 Die Jusos fordern die Landesregierung auf, die de-
25 mokratische Legitimation der Stiftung Preußischer
26 Schlösser und Gärten durch die Schaffung eines Bür-
27 ger*innenbeirats zu stärken.

28

29 Die Jusos fordern die Landesregierung außerdem auf,
30 sehr fragwürdige Vorhaben wie die millionenteure Ver-
31 schiebung des Strandbads Babelsberg oder den Abriss
32 des Sportplatzes am Neuen Palais endgültig aufzuge-
33 ben. Bestehende Sichtachsen sollen, wenn möglich,
34 erhalten bleiben, bisher nicht bestehende Sichtachsen
35 nicht um jeden Preis oder gar gegen den Willen der
36 Bevölkerung geschaffen werden. Öffentliche, soziale
37 oder für den Sport genutzte Einrichtungen oder Flächen
38 sowie bezahlbarer Wohnraum wie Sozialwohnungen
39 oder studentischer Wohnraum sind in keinem Falle
40 für die Schaffung neuer Sichtachsen abzureißen. Die
41 Landesregierung wird aufgefordert, zur Durchsetzung
42 jegliche Mittel, insbesondere die Kürzung finanzieller
43 Zuwendungen, heranzuziehen.

44

45 **Begründung**

46 erfolgt mündlich.

1 29/1/2019

2 Jusos Potsdam

3 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
4 tag möge beschließen:

5 Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-
6 tag möge beschließen:

7

8 **Energie ist mehr als Strom – EIN Brandenburg braucht
9 eine Verkehrswende**

10 Regionalverkehr und ÖPNV in Brandenburg ist am
11 Rande ihrer Kapazitätsgrenzen. Züge, Straßenbahnen
12 und Busse sind überfüllt, gleichzeitig kürzte das Land
13 Brandenburg im Jahr 2014 der Stadt Potsdam die Inves-
14 titionszuschüsse um 0,9 Mio. € pro Jahr . Die kürzlich
15 abgeschlossene Ausschreibung des Regionalverkehrs
16 erfolgte zu nicht zeitgemäßen Ausschreibungsstan-
17 dards, koppelt den Universitätsstandort Griebnitzsee
18 für Jahre vom Regionalverkehr ab, trennt die Universi-
19 tätsstandorte in Potsdam und ist allgemein lediglich
20 ein Tropfen auf dem heißen Stein. Der Einstieg in die
21 Doppeltraktion wurde auf unbestimmte Zeit verscho-
22 ben, die Kapazitätserhöhungen spiegelt die jetzige
23 Auslastung wieder; nicht die, die zukünftig zu erwarten
24 ist.

25

26 Klar ist auch: Die Bundesrepublik verfehlt die Klima-
27 ziele 2020 nicht wegen des Energiesektors oder der
28 Kohleverstromung. Alle Sektoren tragen zur Reduktion
29 des CO2 Ausstoßes bei. Alle Sektoren? Nein, ein von
30 unbeugsamen Autofetischisten kontrollierter Sektor
31 hört nicht damit auf, Widerstand zu leisten: der Ver-
32 kehrssektor; dessen Emissionen zuletzt sogar gestiegen
33 sind.

34

35 Die Jusos fordern das Land auf, den Verkehr stärker zum
36 Erreichen der Klimaziele heranzuziehen und daher fol-
37 gende Maßnahmen zur Gestaltung der Verkehrswende
38 umzusetzen:

39

40 1. Ausbau des ÖPNV

41

42 Die vom Land im Jahr 2014 vorgenommene Kürzung
43 der Investitionszuschüsse ist zurückzunehmen;
44 Zuschüsse sind über das Maß von 2014 hinaus
45 zu erhöhen und nicht per Gießkanne, sondern
46 zur Förderung konkreter Investitionsprojekte
47 zu verteilen. Wachsende sowie Städte, die von
48 Dieselfahrverboten bedroht sind, sind besonders
49 zu berücksichtigen. Ebenso ist der Ausbau von

1 Straßenbahnen durch ein separates Förderpro-
2 gramm besonders zu berücksichtigen. Diese sind
3 Bussen dadurch überlegen, dass sie auf einer
4 separaten Spur am Stau vorbei fahren. Außerdem
5 sind Straßenbahnen – z.B. in Potsdam – schon
6 heute klimaneutral. Bestrebungen Straßenbahnen
7 aufzugeben, abzuschaffen oder zurückzufahren
8 sind durch Kürzungen von Zuschüssen unattraktiv
9 zu machen.

10

11 2. Ausbau des Regionalverkehrs

12

13 a. moderne Ausschreibungsverfahren

14

15 Beginnend mit der nächsten VBB-Ausschreibung
16 sind Ausschreibungen nach dem derzeitigen
17 Stand und in Anlehnung an die erfolgreiche RRX-
18 Ausschreibung bzw. der geplanten Zugbeschaffung
19 des Landes Berlin durchzuführen. Das heißt:

20

21 i. Fahrzeuge werden in Zukunft vom Land Branden-
22 burg, nicht von privaten Unternehmen beschafft.
23 Dies erlaubt, flexibler auf sich ändernde Pend-
24 lerströme oder technische Entwicklungen zu
25 reagieren. Wären die Züge schon heute in Län-
26 derhand, so wäre eine WLAN-Nachrüstung kein
27 Problem. Das Land wird aufgefordert, sich im
28 Bundesrat für Länderübergreifendes Zugpooling
29 und die gemeinsame Ausschreibung von Zügen
30 einzusetzen. Größere, einheitliche Zugflotten be-
31 deuten niedrigere Anschaffungskosten, geringere
32 Wartungskosten, höhere Flexibilität sowie weitere
33 Synergieeffekte.

34

35 ii. Es ist zu prüfen, ob in Anlehnung an den RRX
36 technischer Service und Beschaffung der Fahrzeuge
37 an den Hersteller zu vergeben sind.

38

39 iii. Der Zugbetrieb ist separat und in mindestens
40 zwei Losen auszuschreiben.

41

42 b. Die Kapazität der Regionalverkehrs ist drastisch
43 zu erhöhen, dies bedeutet für die einzelnen Linien
44 eine Erhöhung wie folgt:

45

46 i. RE1, RE2, RE7, RB24, FEX: mindestens 1.100 Sitz-
47 plätze (Doppelstockzüge in Doppeltraktion)

48

49 ii. Universitätslinien RB21, RB23: mindestens 800
50 (Doppelstockzüge in Doppeltraktion)

- 1
2 iii. andere Linien sind mindestens mit Doppelstock-
3 zügen (550 Sitzplätze) zu betreiben
4
5 c. bessere Vernetzung der unterschiedlichen Ver-
6 kehrsträger (Bus & Bahn, ZB, Anschlussgarantie)
7 und ausgedehntere Fahrtzeiten auch abends und
8 nachts sowie am Wochenende
9
10 3. Engpassbeseitigung, Reaktivierung von Strecken,
11 Berliner Außenring
12
13 Engpässe im Schienennetz wie das fehlende Gleis
14 in Berlin Charlottenburg oder die Eingleisigkeit
15 von Teilen der Strecke Berlin-Cottbus sind zu be-
16 seitigen. Stillgelegte Strecken wie die Potsdamer
17 Stammbahn über Teltow sind zu reaktivieren, der
18 Berliner Außenring wird ausgebaut. Sämtliche
19 durch Personenverkehr befahrene Zugstrecken
20 sollen elektrifiziert oder klimaneutral angetrieben
21 werden.
22
23 4. Verkehrswende in Städten, Stadt für morgen
24
25 Da die Verkehrswende in Städten aufgrund des
26 leistungsfähigeren ÖPNVs einfacher umzusetzen
27 ist als in ländlichen Räumen, ist die Verkehrswende
28 insbesondere in Städten voranzutreiben. Städte
29 mit mehr als 150.000 Einwohnern sollten Spitzen-
30 reiter werden und sich an Städten wie Kopenhagen
31 orientieren. Städte mit mehr als 50.000 Einwoh-
32 nern sollten die Rolle von Vorreitern einnehmen.
33 Konkrete Maßnahmen hierzu sind unter anderem:
34
35 a. Die Ausweisung autofreier Innenstädte
36
37 b. Die Zurückdrängung des Autoverkehrs und das
38 Brechen dessen Vormachtstellung, u.a. durch den
39 Rückbau von Parkplätzen, das Schaffen separater
40 Straßenbahnschienen, die Umwidmung von Straßen
41 zu Fahrradwegen oder Straßenbahnschienen, Ge-
42 schwindigkeitsbegrenzungen oder die Schaffung
43 von Einbahnstraßen.
44
45 c. ein substanzieller Ausbau der Fahrradinfrastruk-
46 tur (Fahrradstraßen, Fahrradwege, ...) hin zu einem
47 zusammenhängenden Netz von ausschließlich für
48 Fahrräder vorgesehenen Straßen
49
50 d. die Umsetzung des unter der Führung von

- 1 Barbara Hendricks (SPD) erstellten und vom UBA
2 vorgestellten Konzepts der Stadt für Morgen
3
4 5. niedrige Ticketpreise
5
6 Der ÖPNV ist durch niedrige Ticketpreise attrak-
7 tiver zu gestalten. Das 365€-Ticket (1€ pro Tag)
8 ist der erste Schritt; Ziel ist wie in Luxemburg die
9 Einführung des ticketfreien, kostenlosen ÖPNV.
10
11 6. Erprobung neuer, innovativer Verkehrsmittel in
12 ländlichen Regionen
13
14 In ländlichen Regionen sollen ergänzend innova-
15 tive Verkehrsmittel wie Bürger- oder autonome
16 Rufbusse erprobt werden.
17
18 **Begründung**
19 erfolgt mündlich

- 20 **30/1/2019**
21 **Jusos Elbe-Elster**
22 **Der Landesdelegiertenkonferenz & Bundeskongress &**
23 **SPD- Bundesparteitag möge beschließen:**
24
25 **PKW-Maut auf Autobahnen und Bundesstraßen**
26 dass es eine Straßenbenutzungsgebühr für Fahrzeuge
27 unter 7,5 t auf Autobahnen und Bundesstraßen geben
28 soll. Damit sollen auch ausländische Fahrerinnen und
29 Fahrer an den Kosten zur Instandhaltung der deutschen
30 Fernstraßen beteiligt werden.
31
32 **Begründung**
33 Um das deutsche Fernstraßennetz weiterhin in einem
34 guten Zustand zu halten, ist es dringend erforderlich,
35 dass alle einen Beitrag dazu leisten. Bisher wird die
36 Instandhaltung der Straßen des Bundes durch Steuer-
37 mittel finanziert, jedoch werden ausländische Fahrer
38 nicht belastet. Das führt zu einer Ungerechtigkeit, vor
39 allem in Hinblick darauf, dass in vielen EU-Ländern wie
40 Österreich, Frankreich oder Italien schon längst eine
41 Straßenbenutzungsgebühr erhoben wird.
42
43 Wir fordern deshalb, dass es zwei Gewichtsklassen so-
44 wie zwei Vignetten mit verschiedener Nutzungsdauer
45 gibt (siehe Tabelle). Die Gültigkeit der 20-Tages-
46 Vignette umfasst 20 Tage, bei der Jahresvignette
47 beträgt die Gültigkeit das Jahr sowie den Dezember des

- 1 vergangenen Jahres und den Januar des darauffolgen-
2 den Jahres.
3
4 Zur Betriebsführung soll ein Unternehmen im Besitz
5 der Bundesrepublik Deutschland nach dem Vorbild der
6 ASFINAG in Österreich gegründet werden.
7
8 Gewicht 20 Tage
9
10 z. B. 01.02.2019 – 20.02.2019 Jahr
11
12 z. B. 01.12.2019 – 31.01.2021
13
14 bis 3,5 t 12,00 € 100,00 €
15
16 bis 7,5 t 24,00 € 200,00 €

-
- 17 **31/I/2019**
18 **Jusos Oberhavel**
19 **Der Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:**
20
21 **Sichere Radwege**
22 Wir fordern die Landesregierung auf, sich schon bei
23 der baulichen Planung von Radwegen aktiv für den
24 sicheren Fahrrad-Verkehr einzusetzen.
25
26 **Begründung**
27 Die Fahrrad-Mobilität in Brandenburg wird in den
28 letzten Jahren stark gefördert. Jedoch wird bei dieser
29 Förderung nicht ausreichend auf neue Sicherheits-
30 konzepte eingegangen. Radwege nicht durch bauliche
31 Maßnahmen von der Fahrbahn zu trennen, ist von der
32 Fahrbahn zu trennen, ist unverantwortlich.

-
- 33 **32/I/2019**
34 **Jusos Potsdam-Mittelmark**
35 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
36 **tag möge beschließen:**
37 **Der Landesdelegiertenkonferenz & SPD- Landespartei-**
38 **tag möge beschließen:**
39
40 **Stammbahn**
41 Wir bekennen uns zu der Reaktivierung der Stammbahn
42 ausschließlich als Regionalbahn zwischen Potsdam-
43 Griebnitzsee und Potsdamer Platz. Die aktuelle Ver-
44 kehrssituation rund um die Landeshauptstadt Potsdam

1 von und nach Berlin mahnt uns zu zügigem Handeln.
2 Aus diesem Grund werden wir in der zuständigen
3 Projektkommission erhöhten Druck ausüben um einen
4 schnellen Baubeginn zu ermöglichen. Da das Gelände
5 der geplanten Stammbahnstrecke sich noch immer
6 im Besitz der Deutschen Bahn AG sich befindet und
7 teilweise noch bis in die 1970er Jahre im Betrieb war,
8 möchten wir bei diesem Projekt von einem Planfest-
9 stellungsverfahren absehen, um die Umsetzung dieses
10 Bauvorhabens voranzutreiben. Auf diese Weise halten
11 wir eine Realisierung des Projektes bis 2030 für möglich.

12

13 **Begründung**

14 Die Strecke der Stammbahn als Regionalbahn bietet
15 der insbesondere von Pendler*innen und Studierenden
16 genutzten Stadtbahn Entlastung. Dies bedeutet eine
17 Verbesserung der Verbindung des bevölkerungsstarken
18 und weiterhin unter Einwohnerzugang befindenden
19 Berliner Südwesten und der Stadt Potsdam, sowie
20 weiterführend auch Brandenburg an der Havel mit
21 der Berliner Innenstadt. Die geplante Umleitung für
22 2021 des RB21 setzt die dortige Infrastruktur unter
23 Zugzwang. Die Universitäts- und Forschungsstandorte
24 Golm werden nicht mehr per Direktverbindung mit
25 der Hauptstadt bedient. Eine zeitnahe Realisierung der
26 Stammbahn, ermöglichte die Wiederaufnahme dieser
27 Regionalbahnhöfe ohne von einer Verdichtung des
28 Taktes des RE1 abzusehen.